

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 116. Ratssitzung vom 25. November 2020

3236. 2019/208

Weisung vom 22.05.2019:

Immobilien Stadt Zürich, Theaterhaus Gessnerallee, Quartier Altstadt, Ausbau des Nordflügels / Stall 6, Erhöhung Objektkredit, Erhöhung Einnahmeverzicht

Antrag des Stadtrats

1. Für den Ausbau des Nordflügels des Theaterhauses Gessnerallee, Gessnerallee 8, 8001 Zürich, wird zu den mit STRB Nr. 187/2018 bewilligten neuen Ausgaben von Fr. 350 000.– ein Zusatzkredit von Fr. 2 923 000.–, insgesamt Fr. 3 273 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2017) und der Bauausführung.
2. Unter Vorbehalt der Zustimmung zu Ziffer 1 der Weisung «Kultur, Verein Theaterhaus Gessnerallee, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Theater am Neumarkt AG, Neufestsetzung Beiträge ab 2019 (Erhöhung Einnahmeverzichte)» (GR Nr. 2019/209), wird die intern verrechnete Miete für das Theaterhaus Gessnerallee in Höhe von Fr. 1 197 660.– um Fr. 84 000.– auf Fr. 1 281 660.– erhöht (In Abänderung der Ziffer 1 der erwähnten Weisung «Einnahmeverzichte»). Zusammen mit dem Betriebsbeitrag von Fr. 2 136 693.– wird damit ab 2019 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag für das Theaterhaus Gessnerallee von neu Fr. 3 418 353.– (ohne allfällige Teuerungsanpassung ab 2020) bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Urs Riklin (Grüne): *Wir stimmen einerseits über einen Zusatzkredit von 2,9 Millionen Franken und andererseits über einen zusätzlichen Mieteeinnahmeverzicht in der Höhe von 84 000 Franken, die Immobilien Stadt Zürich (IMMO) zulasten der Dienstabteilung Kultur intern verrechnet, ab. Mit den 2,9 Millionen Franken wird der Nordflügel des Theaterhaus Gessnerallee veranstaltungstauglich gemacht. Dafür müssen einige Installationsarbeiten vorgenommen werden. Es handelt sich dabei insbesondere um eine Heiz- und Lüftungsanlage, um Licht- und Elektroinstallationen, um den Ersatz von morschem Fussboden auf der Galerie, wie auch um eine Grundausstattung, damit ein Cateringbetrieb ermöglicht werden kann. Der fit gemachte Raum soll durch den Ausbau multifunktional genutzt werden können. Auch kommerziell sollen externe Mieterinnen Veranstaltungen abhalten können.*

gen, Bankette oder Empfänge abhalten können. Wichtiger ist aber, dass der Raum kulturell genutzt werden kann. Der Ausbau ermöglicht dem Theaterhaus Gessnerallee, den Raum beispielsweise für Proben, Aufführungen, Installationen oder auch neue Kulturformate zu nutzen. Der Nordflügel wurde vor vier Jahren von der Migros für einen Take-Away zwischengenutzt. Für diese Zwischennutzung tätigte die Migros bereits grundlegende Investitionen wie eine Wärmedämmung oder die Installation von sanitären Anlagen. Für die Nutzbarmachung des Nordflügels für Kultur sind deshalb nur noch kleinere Investitionen notwendig. Die Mehrheit der Kommission findet, dass der Stadt Zürich ein zusätzlicher Raum guttut. Bei einem sanierten Gebäude stiegen aber auch die Mietpreise. Deshalb verrechnet die IMMO 84 000 Franken mehr für die Miete. Der höhere Mietaufwand wird zu Gunsten des Vereins Theaterhaus Gessnerallee von der Dienstabteilung Kultur übernommen. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen, der Weisung zuzustimmen.

Kommissionsminderheit:

Stefan Urech (SVP): Vor rund einem Monat nahm ich an der Sitzung der Bar- und Clubkommission teil. An dieser Sitzung berichteten mir zwei Vertreter der Entertainment- und Performancebranche eindrücklich von ihrem Leiden. Es war ein emotionales Treffen. Besonders in Erinnerung blieb mir der Satz: «Wir bangen jeden Tag um unsere Existenz.» Nicht mehr um ihre Existenz bangen müssen Institutionen wie das «X-tra» oder das «Swissôtel». Ihre Existenz hat aufgrund der Coronakrise bereits jetzt ihr Ende gefunden. Solche Treffen wie das mit der Bar- und Clubkommission und Nachrichten wie die der Schliessung des «X-tras» oder «Swissôtel» stimmen traurig und nachdenklich. Ganz anders scheint die Stimmung im Präsidialdepartements (PRD) zu sein, wo man in einer Blase lebt und weder Sorgen noch Wirtschaftskrise und auch kein Millionenminus im Budget existiert. Im Wochentakt werden uns Weisungen vorgestellt, die Erhöhungen für Kulturinstitutionen fordern. Auch die Gessnerallee kann anscheinend nicht mehr nur mit zwei Sälen betrieben werden, und fordert einen dritten Saal. In diesem dritten Saal sollen neu Performances, Tanz und Konzerte stattfinden, obwohl direkt nebenan der Stall 6 ist, der für Performances und Konzerte gedacht ist. Im neuen Raum sollen auch Apéros und Empfänge stattfinden. Während gewisse Kulturinstitutionen ihre Türen schliessen und jeden Tag um ihre Existenz bangen müssen, haben die von der Stadt subventionierten Institutionen genug Geld, um einen dritten Saal für Apéros und Empfänge zu bauen. Das Ganze erinnert mich ein wenig an Louis XIV mit seinem Schloss Versailles, der, während andere am Hungertuch nagten, sich einen Anbau für Empfänge baute. Es ist eine finanzielle Fahrlässigkeit, mitten in einer Wirtschaftskrise neue Erhöhungen für Kulturinstitutionen zu sprechen. Ich bitte vor allem meine bürgerlichen Kollegen, nochmals über die Bücher zu gehen, damit wir Ausgaben bremsen können.

Weitere Wortmeldungen:

Christian Huser (FDP): Wir von der FDP wechseln zähneknirschend von der Enthaltung zur Zustimmung der Weisung und das, obwohl gemäss detailliertem Kostenvoranschlag

des Architekturbüros beim Ausbau des Nordflügels mit Herstellungskosten und einem Objektkredit von 3,273 Millionen Franken gerechnet werden muss. Mit den vom Stadtrat bereits bewilligten, gebundenen Ausgaben von 2,888 Millionen Franken für die Instandsetzung der Bühnenhalle belaufen sich die Gesamtinvestition im Theaterhaus Gessnerallee auf unglaubliche 6,161 Millionen Franken. Aufgrund der angespannten städtischen Finanzen für die nächsten Jahre infolge der Coronakrise ist der Ausbau des Nordflügels des Stall 6 sicherlich sehr, sehr kritisch zu beurteilen. Positiv werten kann man einzig, dass mit den Umbaumaassnahmen zusätzliche Gelder aus Vermietungen und sonstigen Anlässen eingenommen werden könnten. Wir hoffen natürlich, dass das Zürcher Baugewerbe zum Zuge kommt und etwas bewirken darf.

Urs Riklin (Grüne): Vor einer oder zwei Wochen sprach die SVP davon, das Gastgewerbe mit konventionellen Heizpilzen unterstützen zu wollen. Auch die SVP müsste sich freuen, wenn Louis XIV ein Empfang im Nordflügel des Gessnerallee halten kann – das kann nämlich Aufträge für die Gastronomieszene auslösen. Das Präsidialdepartement wurde als Blase dargestellt. Kultur stellt aber im Gesamtbudget der Stadt Zürich eine ganz kleine Säule dar, die so klein ist, dass man sie kaum sieht.

Simone Hofer Frei (GLP): Auch wir fragten uns, ob es der richtige Zeitpunkt für die Umsetzung des Projekts ist und ob die erwartete Finanzlage ein solches Projekt zulässt. Wir kamen zum Schluss, dass wir das Projekt unterstützen, weil es uns sinnvoll erscheint, den Raum an bester Lage multifunktionaler zu nutzen. Durch die Neuberechnung des Mietpreiserlasses wird sich der Gesamtbetrag an das Theaterhaus Gessnerallee nach einer allfälligen Einführung der Konzertförderung nicht noch weiter erhöhen.

Stefan Urech (SVP): Es wurde erwähnt, dass die Vermietung des Raums für Anlässe und Apéros Geld in die Stadtkasse spülen würde. Unter den Menschen, die ich an der Sitzung der Bar- und Club-Kommission traf, waren unzählige, die Sie auf Knien bitten würden, Ihren Anlass bei ihnen zu organisieren. Dafür braucht es kein städtisches Theater, das eine Besenkammer in einen Eventraum umwandelt, den man anschliessend vermietet. Das ist schlicht haarsträubend. Auch wenn der Anteil der Kulturausgaben am Gesamtbudget nicht dem grössten Teil entspricht, ist es ein Fakt, dass im Moment alle den Gürtel enger schnallen müssen. Nur das Präsidialdepartement scheint davon ausgenommen zu sein.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das Theaterhaus Gessnerallee spielt heute und auch in Zukunft eine wichtige Rolle als Co-Produktionshaus für lokale, nationale und internationale freie Gruppen und Künstlerinnen und Künstler. Die hier erhobenen Vorwürfe und Argumente wirken auf mich platt und wenig durchdacht. Es ist wichtig, in dieser schwierigen Zeit immer im Kopf zu haben, dass es ein Leben nach Corona geben wird. Sämtliche Bemühungen, die der Bund, der Kanton und auch wir von der Stadt machen, um wirtschaftliche Unternehmungen, kulturelle Institutionen und Infrastrukturen, die in unserer Stadt

4 / 5

enorm wichtig sind, zu unterstützen, damit das Leben auch nach Corona möglichst gut weitergehen kann, werden heute ganz eigenartig verdreht. Stefan Urech (SVP) behauptete, das PRD lebe in einer Blase und nehme nicht wahr, was rundherum los ist. Ich kann ihm aber versichern, dass wir täglich darüber nachdenken, was wir machen können, um Kulturinstitutionen, Bars, Clubs und Eventveranstalter, die enorm leiden, zu unterstützen. Wir beschlossen in der Vergangenheit bereits sehr viele Massnahmen – als letztes die Unterstützungen für Gastronomiebetriebe. Es geht uns immer darum, dass das Leben in der Stadt die Krise möglichst gut überstehen kann. Ein Teil dieses Gebäudes an zentralster Lage lag bis jetzt brach. Das soll mit dieser Weisung geändert werden. Der Ausbau des Nordflügels ist dazu ein wichtiger Schritt. Es sollen zusätzliche Räume für Proben, Residenzen, Aufführungen für Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es, mit der ganzjährigen Nutzung des Nordflügels längere Phasen für die Vorbereitung und das Proben und Zeigen von Veranstaltungen zu ermöglichen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen für die Zeit nach der Krise. Dabei sollen nicht mehr Veranstaltungen stattfinden, sondern die Rahmenbedingungen für die Veranstaltungen verbessert werden – vor allem für Künstlerinnen und Künstler, die im Moment sehr leiden. Der Betriebsbeitrag ans Haus soll nicht erhöht werden, sondern auf gleichem Niveau bleiben. Es müssen also auch zusätzliche Einnahmen generiert werden.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Urs Riklin (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Ausbau des Nordflügels des Theaterhauses Gessnerallee, Gessnerallee 8, 8001 Zürich, wird zu den mit STRB Nr. 187/2018 bewilligten neuen Ausgaben von

5 / 5

Fr. 350 000.– ein Zusatzkredit von Fr. 2 923 000.–, insgesamt Fr. 3 273 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2017) und der Bauausführung.

2. Unter Vorbehalt der Zustimmung zu Ziffer 1 der Weisung «Kultur, Verein Theaterhaus Gessnerallee, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Theater am Neumarkt AG, Neufestsetzung Beiträge ab 2019 (Erhöhung Einnahmeverzichte)» (GR Nr. 2019/209), wird die intern verrechnete Miete für das Theaterhaus Gessnerallee in Höhe von Fr. 1 197 660.– um Fr. 84 000.– auf Fr. 1 281 660.– erhöht (In Abänderung der Ziffer 1 der erwähnten Weisung «Einnahmeverzichte»). Zusammen mit dem Betriebsbeitrag von Fr. 2 136 693.– wird damit ab 2019 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag für das Theaterhaus Gessnerallee von neu Fr. 3 418 353.– (ohne allfällige Teuerungsanpassung ab 2020) bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat